Unterrichtsmaterial

Die Grünen im Bundestag

Der Film thematisiert – auch mit Hilfe von Zeitzeugenaussagen – den Wandel, den der erste Einzug der Partei „Die Grünen" in den Bundestag bedeutete: einerseits einen Kulturschock für die etablierten Politiker, gleichzeitig aber auch eine recht schnelle Anpassung der neuen Partei an die Situation.

Hier geht's zum Video auf zdf.de

Fächer
Geschichte

Altersstufen
9.-10. Klasse, Oberstufe

Didaktik
Nur knapp hat die junge Öko-Partei die Fünf-Prozent-Hürde genommen. Den Einzug ins Parlament gestaltet die "Antiparteien-Partei", wie Gründungsmitglied Petra Kelly sie nannte, als Happening. Die 28 frisch gewählten Abgeordneten ziehen mit einem Globus in Form eines riesigen Gummiballs durch das Bonner Regierungsviertel und demonstrieren, wofür sie vor allem stehen: für Umweltschutz, Anti-Atom-Politik und den Frieden.

Hinweis
Die nachfolgenden Aufgaben sind leichter zu lösen, wenn man das Video aufmerksam verfolgt (Notizen machen!) und ggf. nochmal Sequenzen wiederholend anschaut – siehe jeweilige Frage oder jeweiliger Zeitzeugenbezug. Zweitens empfehlen wir für die Recherche – neben dem Schulbuch – seriöse Internetquellen wie:
https://www.dhm.de/lemo/ www.bpb.de www.bsta.de
www.euregeschichte.de

Das Skript zum ZDF-Video

Die Partei der Grünen zieht im März 1983 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag ein. Nur knapp hat die junge Öko-Partei die 5%-Hürde genommen.
Antje Vollmer: *„Niemand im Bundestag hatte auf uns gewartet, wir hatten keine Räume, die anderen Fraktionen hatten nie damit gerechnet, dass überhaupt eine neue Fraktion kommt. Wir alle kamen uns vor wie Leute, die plötzlich von irgendeinem Sturm auf eine Insel geweht worden wären und nun anfangen mussten, mit dieser neuen Möglichkeit was anzufangen. Und Otto Schily versuchte Ordnung herzustellen."*
O-Ton Otto Schily: *„Leute, Moment mal, ich kann so nicht verhandeln, ich halte das für ausgeschlossen, ich kann mich so nicht konzentrieren auf die Redebeiträge, wenn hier solch eine Unruhe herrscht."*
Otto Schily, Gründungsmitglied der Grünen: *„Das war eine wirklich spannende Geschichte, weil wir waren ja, vorher hatten wir so den Eindruck gewonnen, die deutsche Politik ist ein Closed Shop, eine geschlossene Gesellschaft, da kann auch unter der Bedingung 5-Prozent-Klausel sich nie wieder eine neue Partei etablieren."*
Wie die Partei, will auch die Fraktion alternativ sein – ohne Hierarchie, basisdemokratisch. Doch das ist nur der Anfang.
Antje Vollmer: *„Joschka Fischer war Parlamentarischer Geschäftsführer und damit hatte er gleich das ganze Managen in der Hand. Und als Parlamentarischer Geschäftsführer war er schon einer der ersten, die überhaupt redeten. Und da hatte er immer in ganz schnellen, so pantherartigen Zugriff."*
Und so gibt es auch bei den Grünen bald prominente Wortführer. Einer von ihnen ist der Abgeordnete Fischer.
O-Ton Joschka Fischer: *„Herr Möllemann, Herr Möllemann meinte: ‚Skandal! Ich habe Sie ja gesehen, wie Sie ganz schnell zwei Cognacs weg gekippt haben.' Darauf sag' ich zu ihm: ‚Herr Möllemann, Sie müssen ja schon wieder ganz gut abgefüllt sein. Es war nur einer!'"*
Otto Schily: *„Joschka hat ja eine sehr lebendige Sprache. Er ist ja auch berühmt für einen verbalen Ausfall in einer erregten Parlamentsszene mit einem Ausdruck, der nicht der Parlamentssprache entspricht:"*
„heute"-Sendung: *„Reents und Fischer wurden von dem amtierenden Präsidenten Stücklen, CSU, aus dem Plenarsaal gewiesen. Reents hatte die Karriere von Bundeskanzler Kohl in Verbindung mit der Flick-Affäre gebracht. Als Reents deswegen von der Sitzung ausgeschlossen wurde, griff Fischer, scharf Stücklen an. Nach seinem Ausschluss und der Unterbrechung der Sitzung rief Fischer Stücklen zu, ich zitiere: ‚Herr Präsident, mit Verlaub, Sie sind ein Arschloch!'"*
Noch verstehen sich die Grünen als Protestpartei. Doch nur zwei Jahre später wird einer von Ihnen Umweltminister in Hessen. Im geeinten Deutschland führt der Weg nach Berlin.
1998 werden die Grünen Koalitionspartner mit einem Vizekanzler und Außenminister Fischer.

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Arbeitsblatt 1: Alles anders? Eine neue Partei im Bundestag

1. Schaut Euch das Video gemeinsam an.
   (https://www.zdf.de/dokumentation/momente-der-geschichte/die-gruenen-im-bundestag-102.html)
2. Fasst die Entwicklung der Grünen bis zum Bundestagseinzug 1983 zusammen.
3. Beschreibt die Politiker auf den beiden Fotos (Mat. 1+2) und vergleicht sie miteinander. Bezieht auch Eure Eindrücke aus dem Film mit ein. Inwiefern stellen die Grünen auch von Kleidung und Auftreten her etwas Neues dar?
4. Lest das Grundsatzprogramm der „Grünen" und nennt Kernziele der Partei.
5. Nehmt Stellung, inwieweit die damals als neu und anders wahrgenommenen Ziele und Positionen der Grünen heutzutage generell diskutiert werden.

Material 1: Die Grünen bis 1983

Die Gründung der Partei erfolgte 1980. Sie entstand aus verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen. Wichtig waren hier insbesondere erstens die Anti-Atomkraft-Bewegung, die sich gegen jegliche zivile und militärische Nutzung wandte, zusammen mit allgemeinen Friedensbewegungen, und zweitens Gruppen, die zum Schutz der Umwelt aufriefen.
Beide Themen waren in den 80er-Jahren häufig noch nicht sehr im Bewusstsein einer breiten Bevölkerung angekommen. Die Grünen setzten so Akzente, die es in den parlamentarischen Debatten so bisher nicht gegeben hatte und die in der politischen Debatte der Zeit kaum vertreten gewesen ist.
Gleichzeitig waren die Grünen keine Partei wie die übrigen etablierten in der Bundesrepublik Deutschland: Es fehlte insbesondere ein Aufbau, eine Organisation, die Leitlinien vorgeben könnte, und dazu auch Führungsfiguren. Die Grünen wollten sich basisdemokratisch organisieren, also „von unten" die Mitglieder entscheiden lassen. Auch das war eine recht neue Idee, die zum bisherigen Politikbetrieb nicht passte.
Alle diese Punkte führten dazu, dass viele Menschen die Grünen als anders, insbesondere unprofessionell und unangemessen erlebten, nicht nur von der Sprache, sondern auch von der Kleidung her. Da zudem die politischen Positionen neu waren, fand so auch eine deutliche inhaltliche Abgrenzung statt und viele Politiker waren nicht nur erstaunt, sondern sogar aufgebracht über das Verhalten der Grünen und fragten sich, ob eine solche Partei in die Parlamente gehören sollte. So bezeichneten sich nicht nur die Grünen selbst als Alternative zu den etablierten Parteien, sondern wurden von diesen auch so wahrgenommen.

(Text: Dr. Benjamin Stello)

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Material 2: Otto Schily und Petra Kelly, Grüne, auf einer Pressekonferenz 1983

Bundesarchiv, B 145 Bild-F065187-0022 / Reineke, Engelbert / CC-BY-SA 3.0

Material 3: Helmut Kohl (links) mit Heiner Geißler (beide CDU) auf einer Veranstaltung, ebenfalls 1983

Bundesarchiv, B 145 Bild-F065159-0034 / Wienke, Ulrich / CC-BY-SA 3.0

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Material 4: Auszug aus dem Parteiprogramm der Grünen von 1980

Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien. Hervorgegangen sind wir aus einem Zusammenschluss von grünen, bunten und alternativen Listen und Parteien. Wir fühlen uns verbunden mit all denen, die in der neuen demokratischen Bewegung mitarbeiten: den Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Arbeiterbewegung, christlichen Initiativen, der Friedens- und Menschenrechts-, der Frauen- und 3.-Welt-Bewegung. Wir verstehen uns als Teil der grünen Bewegung in aller Welt.
Die in Bonn etablierten Parteien verhalten sich, als sei auf dem endlichen Planeten Erde eine unendliche industrielle Produktionssteigerung möglich. Dadurch führen sie uns nach eigener Aussage vor die ausweglose Entscheidung zwischen Atomstaat oder Atomkrieg, zwischen Harrisburg oder Hiroshima. Die ökologische Weltkrise verschärft sich von Tag zu Tag: Die Rohstoffe verknappen sich, Giftskandal reiht sich an Giftskandal, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken, der Mensch droht inmitten einer späten Industrie und Konsumgesellschaft geistig und seelisch zu verkümmern, wir bürden den nachfolgenden Generationen eine unheimliche Erbschaft auf.
Die Zerstörung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen und der Abbau demokratischer Rechte haben ein so bedrohliches Ausmaß erreicht, dass es einer grundlegenden Alternative für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bedarf. Deshalb erhob sich spontan eine demokratische Bürgerbewegung. Es bildeten sich Tausende von Bürgerinitiativen, die in machtvollen Demonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken antreten, weil deren Risiken nicht zu bewältigen sind und weil deren strahlende Abfälle nirgends deponiert werden können; sie stehen auf gegen die Verwüstung der Natur, gegen die Betonierung unserer Landschaft, gegen die Folgen und Ursachen einer Wegwerfgesellschaft, die lebensfeindlich geworden ist.
Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig. Wir halten es für einen Irrtum, dass die jetzige Verschwendungswirtschaft noch das Glück und die Lebenserfüllung fördere. […]
Gegenüber der eindimensionalen Produktionssteigerungspolitik vertreten wir ein Gesamtkonzept. Unsere Politik wird von langfristigen Zukunftsaspekten geleitet und orientiert sich an vier Grundsätzen: sie ist ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.

https://web.archive.org/web/20120122061907/http://www.boell.de/downloads/stiftung/1980_Bundesprogramm.pdf [letzter Abruf 24.03.2024]

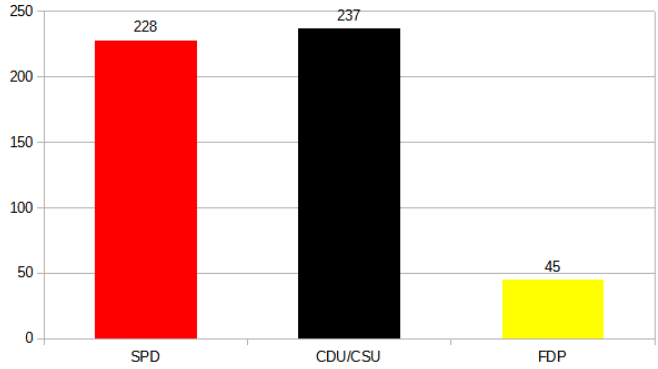
terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

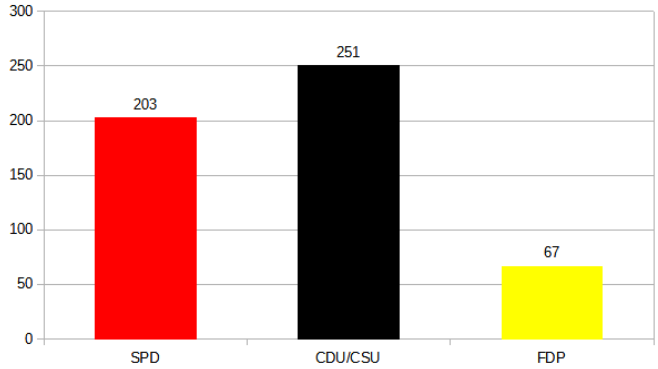
Arbeitsblatt 2: Veränderungen im Bundestag

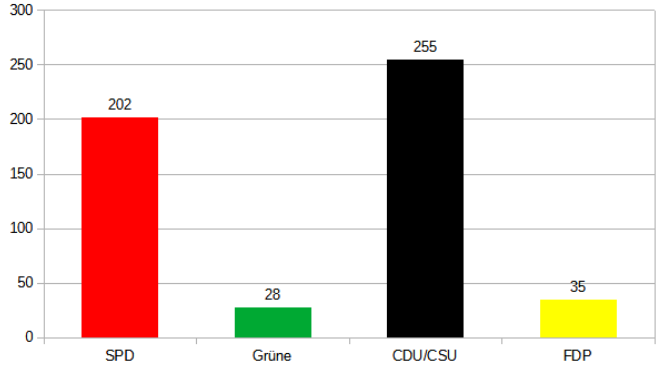
1. Betrachtet und vergleicht die drei Wahlergebnisse. Beachtet den jeweiligen Zeitpunkt der Wahl.
2. Nehmt Stellung, inwieweit die Grünen 1983 sofort sichtbare Veränderungen herbeiführten.

Material 5: Drei Graphiken zur Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

a) 1961, b) 1980, c) 1983







erstellt Dr. Benjamin Stello

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Arbeitsblatt 3 für die Oberstufe: Welche konkreten Ziele verfolgten die Grünen?

1. Arbeiten Sie gruppenteilig die Forderungen der Grünen 1983 zu Wirtschaft, Arbeitswelt, heraus und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse miteinander.
2. Analysieren Sie den Tonfall und Stil des Programms der Grünen. Benennen Sie, wen sie jeweils verantwortlich machen, und beziehen Sie Ihre Ergebnisse auf die inhaltlichen Forderungen. Begründen Sie die Ablehnung der Grünen durch die übrigen Parteien.
3. Die „Süddeutsche Zeitung" titelte 2013 über die Grünen: „Erst ignoriert, später kopiert". Nehmen Sie aus heutiger Perspektive Stellung zu dieser These.

Material 6: Ziele der Grünen: Auszug aus dem Parteiprogramm 1980

a) Wirtschaft

Wir sind für ein Wirtschaftssystem, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert. Es geht um eine Gesellschaft in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur zunehmend bewußt gemacht werden, in der die Beachtung ökologischer Kreisläufe, die Entwicklung und der Einsatz der Technologie, die Beziehung zwischen Produktion und Verbrauch zu einer Angelegenheit aller Betroffenen wird. Eine ökologisch fundierte Wirtschaft bedeutet keinen Verzicht auf Lebensqualität, sondern daß sich die Menschen für Produkte einsetzen, die ihren Bedürfnissen entsprechen und mit der natürlichen Umwelt verträglich sind.

Es geht im Kern darum, daß die Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen, WAS, WIE oder WO produziert wird. Die Menschen sollen bei der Arbeit und in der Freizeit ihre vielseitigen Fähigkeiten und Initiativen frei entfalten können.

Wir sind grundsätzlich gegen jegliches quantitatives Wachstum, ganz besonders dann, wenn es aus reiner Profitgier vorangetrieben wird. Aber wir sind für qualitatives Wachstum, wenn es mit gleichem oder geringerem Einsatz von Energie und gleicher oder geringerer Verarbeitung von Rohstoffen möglich ist, (d.h. bessere Ergebnisse erzielt oder bessere Erzeugnisse hergestellt werden können). Wir sind für soziales Wachstum, besonders für die eindeutig Benachteiligten unserer Gesellschaft. Die für dieses soziale Wachstum notwendigen Maßnahmen sind durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen, wie etwa Steuerfreibeträge, Niedrigsätze bei den Sozialabgaben zu ergreifen.

b) Arbeitswelt

Durch Wirtschaftskrisen, den systematisch betriebenen Kapitalexport und den Einsatz neuer Technologien ist mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen. Arbeiter und Angestellte, die nicht der Arbeitslosigkeit zum Opfer fallen, sind wachsenden psychologischen und physiologischen Belastungen am Arbeitsplatz ausgesetzt. Die Arbeitswelt ist geprägt durch eine ständige Angst, gegen andere Arbeiter und Angestellte oder gegen Maschinen ausgetauscht zu werden.

Der arbeitende Mensch bestimmt nicht den Gang der Maschinen, sondern diese diktieren seine Arbeitsschritte und sein Arbeitstempo. Computern werden wesentliche Arbeitsaufgaben übertragen, während den Menschen nur noch eine sinnentleerte Teilfunktion überlassen bleibt. Die Arbeitsplätze genügen in der Regel nicht den geringsten ergonomischen Ansprüchen. Mit der Entwertung des Arbeitsplatzes werden schließlich Lohnrückstufungen begründet.

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Darüber hinaus werden Überwachung und Leistungskontrolle der arbeitenden Menschen durch auswertbare technologische Systeme der Leistungsbeurteilung, der Zeiterfassung und der Personenkontrolle verschärft. Durch den Einsatz moderner Technologien wird heute vielfach eine Arbeitsproduktivität erreicht, die es bereits jetzt ermöglichen würde, die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erheblich zu verringern. Dies ist um so eher möglich durch den Abbau der Wegwerf- und Rüstungsproduktion. Voller Lohnausgleich ist angesichts der Entwicklung der verfügbaren Löhne und der rasch steigenden Verbraucherpreise (Miete, Strom, Gas, Heizöl usw.) lebensnotwendig für breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung.

c) Energie

Die Energiepolitik ist ein wesentlicher Teil des Programms der GRÜNEN. Der Energiefluß ist ein objektiver Maßstab für den Zustand eines ökologischen Systems und unterliegt den auch klimatisch bedingten Wachstumsgrenzen. Hier wird die Unmöglichkeit, den Wachstumswahn fortzuführen, am deutlichsten sichtbar. Eine Fortsetzung des unbegrenzten Energiewachstums sprengt alle natürlichen Grenzen und führt zur Selbstzerstörung des ökologischen Systems. Darum ist die energiepolitische Entwicklung der nächsten zwanzig Jahre von existentieller Bedeutung für die Menschheit. Die bisherige Energiepolitik stand im Zeichen ständiger Konsumsteigerung. Sie stützt sich dabei auf Hochrechnungen der Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte und legte entsprechende Zubauraten für Kraftwerke und Energieversorgungsanlagen fest. Diese Art von Energiepoltik ist eine Politik, die sich an überholten Denkmodellen, nämlich des unbegrenzten Wachstums, orientiert. Sie führt zwangsläufig in wenigen Jahrzehnten zur Erschöpfung der Brennstoffreserven, zur Schädigung des Klimahaushalts sowie zu Vergiftungen und radioaktiver Verseuchung unserer Umwelt. Neben diesen Schädigungen unserer Umwelt hat die bisherige Energiepolitik auch außenpolitisch zu einer Verschärfung der Probleme geführt. Die bisherige Politik der ständigen Steigerung des Energieverbrauchs hat die Abhängigkeit der Industrieländer mit dem höchsten Verbrauch von der Importenergie laufend erhöht und die weltweite Ungerechtigkeit bei der Energieverteilung und die Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt" laufend verschärft. Die Industrieländer umfassen 30 Prozent der Erdbevölkerung und verbrauchen gegenwärtig 85 Prozent der Gesamtenergie. Diese Länder mit dem höchsten Energiekonsum fordern den meisten Mehrbedarf, obwohl sie bereits heute ihren Energiehunger in hohem Prozentsatz durch Import und durch Ausbeutung der Rohstofflager fremder Länder stillen. Eine weitere Verschärfung dieses Energieimperialismus wird zu politischen und militärischen Konflikten, zum Zusammenbruch des internationalen Handels und insbesondere der Wirtschaft der Industrieländer führen. Die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik mit massivem Ausbau der Atomenergie einschließlich der Wiederaufarbeitungsanlagen und der Plutoniumbrüter stellt eine fundamentale Bedrohung unserer Demokratie dar. Die unangefochtenen Monopole der zentralisierten Energieversorgungsunternehmen entziehen sich bereits heute nahezu jeder demokratischen Kontrolle und unterwerfen die Gesellschaft in Teilbereichen einer „Diktatur aus der Steckdose". Im vollausgebauten Atomstaat sind aus zwingenden Gründen demokratische Grundrechte und bürgerliche Freiheiten nicht mehr möglich. Den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken lehnen wir ab.

d) Landwirtschaft

Die bisherige Landwirtschaftspolitik hat uns in eine Sackgasse geführt: in den letzten Jahren wurden 350% mehr Kunstdünger und 130% mehr Biozide eingesetzt, um eine Ertragssteigerung von 50% zu erreichen. Auf dem Gebiet der Umweltverderbnis kann sich die Landwirtschaft

terra-x.zdf.de 2024 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

mittlerweile mit der Industrie messen: der intensive Kunstdüngereinsatz zerstört auf die Dauer die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens. Ausgeschwemmte Phosphate gefährden das Gleichgewicht der Gewässer, Nitrate im Trinkwasser fördern die Krebssterblichkeit. Nichtabbaubare Pestizide reichem sich in der Nahrungskette bis hin zur Muttermilch an, wo die Toleranzgrenze bereits erheblich überschritten ist. Die Einsicht, daß unsere Existenz von der landwirtschaftlichen Erzeugung vorrangig - vor der industriellen Produktion - abhängt, ist ein wesentlicher Bestandteil grüner Politik. Die der Landwirtschaft durch Vorenthaltung ausreichender Preise aufgezwungenen industrialisierten und chemisierten Produktionsmethoden sind durch gemeinsame Anstrengungen aller rückgängig zu machen. Der Landwirtschaft sind für Produkte aus biologischem Anbau kostendeckende Erzeugerpreise zuzugestehen.
Die gegenwärtige überwiegend industrialisierte und chemiesierte landwirtschaftliche Produktion schädigt langfristig alle Beteiligten. Die auf diese zerstörerische Weise erzielten Überschußprodukte aber sind nicht verkäuflich. Sie werten teils vernichtet, teils mit enormen Kosten in Lagerhäusern gespeichert. Gleichzeitig geht die Zahl der Höfe ständig zurück. Industrialisierte Großbetriebe werden gefördert, bäuerliche Mittel- und Kleinbetriebe bleiben auf der Strecke. Landflucht und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Die Landwirtschaft entwickelt sich zu einem hochgradig energie- und rohstoffabhängigen Wirtschaftszweig, der im Fall einer Krise ebenso anfällig ist wie andere spezialisierte einfuhrabhängige Industrien. Die Schuld für diese Entwicklung trifft die auf einseitiges ökonomisches Denken festgelegten Agrarpolitiker, aber auch Agrarwissenschaftler, Agrarjournalisten und Verbandsfunktionäre, die zum Teil mit der Großchemie verfilzt sind.

Alle Quellen:
https://web.archive.org/web/20120122061907/http://www.boell.de/downloads/stiftung/1980_Bundesprogramm.pdf [letzter Abruf 22.03.2024]

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Autor dieses Bausteins: Dr. Benjamin Stello

Autorenteam: Dr. Ralph Erbar/Niko Lamprecht (AG Medien des VGD e.V., Leitung), weiteres Mitglied Dr. Helge Schröder

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.